

KLIMAKONFERENZ 2000

Strategien-Verwirrung in Den Haag



Klimagipfel 1997 in Kyoto: Auf dieser dritten "Conference of the Parties" wurden erstmals konkrete Reduktionsziele für klimaschädliche Emissionen festgelegt.

Delegationen aus über 160 Ländern feilschen derzeit um den internationalen Klimaschutz in Den Haag. Ab nächster Woche werden die MinisterInnen um Kompromisse ringen.

(dw) – Warten auf Washington: Das Resultat der Wahlen in den USA wird auch in Den Haag mit Spannung verfolgt. Seit Montag, den 13. November, findet dort die sechste Klimakonferenz statt. Vor allem die großen Gegenspieler der USA wüssten gerne, ob sie sich nun auf Al Gore oder auf George W. Bush als künftigen Dirigenten der amerikanischen Klimapolitik einstellen sollen: Während der am-

tierende Vizepräsident Al Gore einer Ratifizierung des Klima-Abkommens ziemlich sicher zustimmen würde, hat George W. Bush dies bereits im Vorfeld abgelehnt.

Infolgedessen herrscht zurzeit in Den Haag große Verwirrung: Welche Strategie sollen die Delegationen der EU und der Gruppe der Entwicklungsländer gegenüber den USA einnehmen? Sollen Zugeständnisse ge-

macht werden, um eine Ratifizierung zu beschleunigen? "Wenn Bush Präsident wird, gibt es keinerlei Gründe, den USA entgegenzukommen", sagt Germanwatch-Klimaexperte Christoph Bals. Jetzt hoffen die Beteiligten, dass zumindest in der zweiten Woche des Gipfels Klarheit über das Wahlergebnis in den USA besteht. Ab Montag werden die MinisterInnen in Den Haag anreisen, um die Verhandlungen aufzunehmen, die seit einer Woche zwischen den Delegationen der über 160 Ländern laufen.

Wieviel Klimaschutz darf nach außen abgeschoben werden?

Am Mittwochabend soll Verhandlungsführer Jan Pronk einen ersten Textvorschlag zur Umsetzung der Kyoto-Beschlüsse vorlegen. Die einzelnen Punkte werden an den beiden folgenden Tagen in Top-Down-Manier diskutiert und am Freitag mit den entsprechenden Veränderungen verabschiedet. "Am Schluss wird ein Paket nach dem Motto: Friss oder Stirb vorliegen", so Germanwatch in einer Presseer-

klärung. Wegen der vorgesehenen Entscheidungsstruktur auf Ministerebene sei damit zu rechnen, dass sich die Auseinandersetzung auf einige zentrale Punkte beziehen wird und viele wichtige, eher technische Fragen fernab der Öffentlichkeit unbefriedigende Antworten finden.

Verhandelt wird in Den Haag in erster Linie über die sogenannten Schlupflöcher im internationalen Klimaschutz: die Bedingungen eines internationalen Emissionshandelssystems und die genaue Definition der ausgleichenden Maßnahmen, der "Clean Development Mechanisms" (CDM). Hier setzen sich besonders die USA für eine möglichst liberale Regelung ein.

Auch in der EU, die im Vergleich zu den USA gerne als fortschrittlicher Verhandlungspartner in Sachen Klimaschutz auftritt, gehen die Meinungen über CDM und Emissionshandel auseinander. Nicht selten werden offizielle Standpunkte in den Verhandlungen hinter vorgehaltener Hand wieder preisgegeben. Klare Begrenzungen eines CO₂-Freikaufs fordern hingegen die NGO. "Als Hauptverursacher des Treibhauseffekts haben die Industrieländer die Pflicht, ihre Reduktionsziele zu 100 Prozent im eigenen Land zu erreichen", teilte zum Beispiel das "Klimabündnis Lëtzebuerg" diese Woche in einem Pressekommuniqué mit.

Das sieht die offizielle Luxemburger Delegation anders: "50 Prozent der Reduktionen müssen auf nationaler Ebene erreicht werden", so Staatssekretär Eugène Berger am Montag gegenüber dem "Luxemburger Wort". Das heißt auch: Das Zurückgreifen auf CDM-Maßnahmen wird durchaus in Erwägung gezogen. Beim bislang vorgelegten Tempo ist es fraglich, ob Luxemburg sein gestecktes Ziel erreicht, bis 2012 seine klimaschädlichen Emissionen um 28 Prozent zu senken. Umweltminister Goerens konnte den Abgeordneten am Dienstag zum Abschluss der Aktualitätsdebatte zum Klimagipfel nur einen Trost aussprechen: Sollten CDM zur Anwendung kommen, werden sie nicht aus den Töpfen des Kooperationsministeriums bezahlt.

kommentar

Droits homosexuels, droits universels

La "Eingetragene Lebenspartnerschaft" est une victoire dans la lutte des gays et lesbiennes pour l'universalisme des droits.

Après les Pays du Nord de l'Europe, la Belgique et la France ont suivi la voie de l'égalité des droits et donné un statut juridique aux couples homosexuels, gays et lesbiens. D'aucuns diront que ce mouvement est porté par la vague du "droits de l'homme", ou qu'il n'est que le résultat d'un phénomène de mode. Nous y voyons plutôt la victoire de l'universalisme des droits, au-delà des différences, des ethnies, des classes sociales, des religions et croyances et/ou des orientations sexuelles. Oui, la mondialisation des droits existe et ces lois en sont une preuve éclatante. L'Allemagne, à son tour, vient de s'engager sur cette même voie pour donner aux gays et lesbiennes le statut auquel il était légitime qu'ils aspirent. Au Bundesrat, la majorité conservatrice ne se montrera pas plus efficace pour bloquer cette loi que la droite française ne l'a été pour empêcher le vote du PaCS, mais elle fera sans doute usage d'une même violence verbale homophobe.

La loi allemande s'avère importante, notamment du fait qu'elle est plus stricte que le PaCS et accorde aux couples homosexuels la plupart des droits et devoirs dévolus aux couples mariés, notamment le droit d'héritage, le droit de séjour et une assistance mutuelle, même après dissolution du contrat.

Le Luxembourg, enclavé entre l'Allemagne, la Belgique et la France, fait encore figure de timoré. Rosa Lëtzebuerg travaille dans le sens "de mettre au service de l'universel les avantages particuliers qui distinguent les homosexuels de l'ensemble des individus et des groupes stigmatisés; bref de se constituer en avant-garde, au moins sur le plan du travail théorique et de l'action symbolique, des mouvements politiques et scientifiques subversifs" (Pierre Bourdieu). Programme certes ambitieux ... mais gageons que nous saurons, nous aussi, désenclaver les esprits.

Benoît Arnauné-Guillot est vice-président de Rosa Lëtzebuerg

kommentar

Transportpolitische Entgleisung

Das BTB-Projekt ist nicht nur machbar, es wird auch rentabel sein. Das zeigt die rezente volkswirtschaftliche Studie.

Die lange erwartete sozio-ökonomische Studie der Firma "Basler und Partner" hinsichtlich des BTB-Projektes bestätigt die Notwendigkeit eines qualitativ hochwertigen Aus- und Umbaus des öffentlichen Transports. Das sozio-ökonomische Szenario "Hoch" von "Basler und Partner", bei dem die Realisierung der BTB-Variante interessant ist, wird mit ziemlicher Sicherheit erreicht werden. Bereits heute, ist das Szenario "Mittel" der Studie (293.000 Arbeitsplätze), welches die Firma Basler erst für 2020 vorsieht, fast erreicht (laut Statec verfügt Luxemburg heute bereits über 266.620 Arbeitsplätze). Dass nun gerade der fervente Wirtschaftsmann Grethen, anlässlich der Vorstellung der Studie vergangene Woche fast rührselig eine wirtschaftliche Drosselung predigte und dem Land weismachen will, die von Basler für 2020 prognostizierten 347.000 Arbeitsplätze, ab welchen das Projekt BTB sich rechnen dürfte, nicht erreicht werden, erscheint wenig glaubwürdig. Hinter diesem plumpen Manöver versteckt sich die missliche Lage, in welche sich die DP hineinmanövriert hat. Wer vor den Wahlen, im Chor mit dem hauptstädtischen Geschäftsverband, das wichtige Zukunftsprojekt BTB mit allen Mitteln diskreditiert hat, der kann jetzt nur auf leisen Sohlen den Rückzug antreten und versuchen das zerbrochene Porzellan wieder zusammenzukleben. Die transportpolitische Entgleisung vor allem der hauptstädtischen DP bringt unser Land nun in eine verzwickte Lage. Der Wirtschaftsmagnet Luxemburg soll weiter glänzen und neue Aktivitäten anziehen. Die damit einhergehende, notwendige qualitative verkehrspolitische Wende scheitert aber am Wahlopportunismus der Liberalen. Die CSV scheint sich in diesem Dossier ganz abgemeldet zu haben. Das Chaos auf unseren Straßen ist vorprogrammiert.

François Bausch ist Abgeordneter von "Déi Gréng" und Mitglied des Luxemburger Gemeinderats

Der Fluch des Flops

Immer nur alles loben - das passt nicht zur WOXX-Linie. Aber eine Rubrik gab es noch, die an unserem Image des Miesmacher-Magazins etwas kratzte: der allwöchentliche Filmtipp. Seit unserer Namensänderung ist das passé: Neben filmkritischem Lobpreis dürfen Filme hier nun auch in Grund und Boden gestampft werden. Es gibt halt Wochen, da ist von der Filmfront nichts Positives zu vermelden, und es gibt Filme, vor denen Leichtgläubige gewarnt werden müssen. Die negativen Konsequenzen für das Wohlbefinden unserer FilmreszentInnen hatten wir dabei jedoch recht wenig bedacht. Am erträglichsten ist es wohl noch für die, die sich ein auf Zelluloid gebanntes Desaster reinziehen, weil sie selbst einer Fehleinschätzung aufgesessen waren oder weil es Hoffnung gab, dass der Film doch noch was hergeben könnte. Schlimmer ist es dagegen, wenn die Prognose hundertprozentig ist, dass ein Schmarren serviert wird. Und trotzdem: Es fällt auf, dass manche unserer schreibenden Kinofreaks das Opfer selbstlos auf sich nehmen, den Filmflop zu schreiben. Klammheimlich scheinen sie an Hollywood-Schnulzen, Poquémon-Horror oder Revolverfilmen ihren Spass zu haben - auch wenn sie nachher Vernichtendes zu Papier bringen.



WOXX - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: Gréngespon - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: Gréngespon soc. coop. • Redaktion: Robert Garcia, Léa Graf, Richard Graf, Germain Kerschen, Raymond Klein, Muriel Prieur, Bibline Schulze, Armand Turpel, Renée Wagener, Danièle Weber, Melanie Weyand • Karikaturen: Guy W. Stoes • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy • Bürozeiten: Mo - Fr 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Druck: Imprimerie COPE, Luxemburg • Einzelpreis: 60,- LUF • Abonnements: 52 Nummern kosten 2.400,-

LUF (Ausland zzgl. 900,- LUF); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 1.000 LUF. • Postscheckkonto: CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a.- Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidarité mam Gréngespon asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: WOXX, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79